

Verbands-Zeitung



Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Zugpreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Eingetragen in die Postzustellungsliste

Verleger u. verantw. Redakteur: J. W. S. Köppler, Epenick
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schilderstraße 8
Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S.W. 63

Insertionspreis:
Geschäftsanzeigen kosten die sechsgehaltene Kolonnenzeile 4 Pfennig.
Schluß für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Wichtige Gedenktage der deutschen Brauereiarbeiter.

Vor 25 Jahren, am 29. Juni 1893 und folgende Tage, fand in Nürnberg der 8. Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Brauer statt. Es war der zweite Verbandstag nach der Rekonstitutionierung des Verbandes. Die dort verhandelten Tagesordnungspunkte waren für die Entwicklung und für die Erfolge des Verbandes von so großer Bedeutung, daß ihrer nach 25 Jahren nochmals in Kürze gedacht werden soll. Die im Jahre 1891 und 1892 geführten Lohnbewegungen und Streiks hatten deutlich gezeigt, daß durchgreifende und nachhaltige Erfolge für die Kollegen nur zu erzielen waren, wenn alle Sparten der Brauereiarbeiterschaft und nicht nur einzelne Kategorien Verbesserungen anstrebten.

Die Zahlstellenverwaltungen in Hannover, Berlin und Hamburg hatten sich schon lange vorher bemüht, den Organisationsgedanken auf alle in den Brauereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter zu übertragen. Die Hilfsarbeiter und Bierfahrer konnten damals dem Verband aber offiziell noch nicht zugeführt werden, weil das Statut die Bestimmung enthielt, daß nur gelernte Brauer aufnahmefähig seien. Es wurden insofern in den genannten Orten Bierfahrer- und Hilfsarbeitervereine auf lokaler Grundlage ins Leben gerufen, die unter der Führung der Zahlstellenverwaltungen des Verbandes standen. Die Hilfsarbeiter und Bierfahrer waren damals infolge der völligen Abgeschlossenheit von der übrigen Arbeiterschaft und nicht zuletzt infolge der übermenschlich langen Arbeitszeit für die Organisation schwer erreichbar. Keine der damals bestehenden Gewerkschaften, außer dem Zentralverband deutscher Brauer, vermochte unter diesen Kollegen auch nur mit einiger Aussicht auf Erfolg zu agitieren. Hervorragende Führer in der Arbeiterbewegung begründeten es daher, daß der Verband der Brauer sich auch der Organisierung der Hilfsarbeiter und Bierfahrer annahm, wenn sie sich davon auch zunächst nebenswerte Erfolge nicht versprachen.

Auf der Tagesordnung des 8. Verbandstages stand unter anderem die Gründung eines Verbandes der Lebens- und Genussmittelarbeiter. Die Angelegenheit wurde abgetan mit der prinzipiellen Anerkennung des Zusammenschlusses der Arbeiter in große Verbände. Man brachte aber gleichzeitig zum Ausdruck, daß die Gründung eines Lebens- und Genussmittelarbeiterverbandes noch verfrüht sei und daß es dazu eines noch weit besseren Ausbaues der einzelnen hierbei in Frage kommenden Berufsverbände bedürfe. Im Anschluß daran wurde beschlossen, von nun an alle in den Brauereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter als Mitglieder aufzunehmen. Der Verbandstitel wurde dementsprechend geändert.

Der Beschluß war zwar der Anstoß für Konkurrenzorganisationen, er machte aber unsere Organisation zu dem, was sie sein mußte, um die Gesamtarbeiterschaft in den Brauereien und verwandten Betrieben aus tiefster Knechtschaft zu einer höheren Kulturstufe emporzuheben. Wie wäre es ohne die Bewirkung dieses Beschlusses möglich gewesen, den Brauereigewaltigen die Anerkennung der Arbeiterorganisation abzurufen? — Ohne eine geschlossene Brauereiarbeiterorganisation würden die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei Kriegsausbruch wesentlich rückständiger

gewesen sein, als sie es tatsächlich waren. Die Orte, wo die Organisation der Brauereiarbeiter heute noch zersplittert ist, zeigen dies. Die systematische Verbesserung der Arbeitsverhältnisse aller Arbeiterkategorien in der Brau- und Malzindustrie, die sich in den mehr als 1000 gültigen Tarifverträgen widerspiegelt, würde fehlen, wenn die Einheitsorganisation der Brauereiarbeiter nicht vorhanden gewesen wäre. Die ganze deutsche Brauereiarbeiterschaft hat alle Veranlassung, der Tage vom 29. Juni bis 1. Juli 1893 heute zu gedenken.

Am 29. Juni 1893 traten auch in Leipzig eine Anzahl Berufsgenossen zusammen, um gegen den Zentralverband deutscher Brauer und sein Wirken ein Gegengewicht zu schaffen. Es wurde der hier viele Jahre hindurch sowohl von den Unternehmern als auch von den Vorderburschen aufs nachdrücklichste unterstützte „Bund deutscher Brauergesellen“ ins Leben gerufen, dem die Aufgabe gestellt wurde, jede Lohnbewegung, die vom Zentralverband deutscher Brauer inszeniert wurde, unmöglich und wirkungslos zu machen.

Die Nr. 1/1893 der „Bundeszeitung“, des Organs des Bundes deutscher Brauergesellen, veröffentlichte das folgende Programm des Bundes:

„Was wir wollen!“

Wir wollen, daß der Gesellenstand in Braugewerbe gehoben und gefördert werde und — entgegen den Bestrebungen der Sozialdemokratie, die sich mit den Hilfsarbeitern auf eine gleiche Stufe stellt — daß unser Gesellenstand erhalten bleibt.

Wir wollen die Arbeitgeber und Vorgesetzten zu unseren Freunden haben und nicht, wie die Sozialdemokratie lehrt, als naturgemäße Feinde ansehen, denn Friede ernährt und Unfriede verzehrt.

Wir wollen in unserem Bund die Kollegialität nicht nur mit Worten und Versprechungen, sondern durch Taten beweisen und pflegen.

Wir wollen für unsere arbeitslosen Mitglieder mit Hilfe der Herren Prinzipale und Meister in allen Provinzen und Kreisen Stellenvermittlungen mit den bereits bestehenden Unterstützungen unserer Vereine einführen.

Wir wollen Angriffe von gegnerischer Seite abwehren oder deren Unwahrheiten berichtigen, sowie alle Vorkriegselungen und Lehren der Sozialdemokratie in rein sachlicher Weise unseren Lesern als solche vor Augen führen.

Kurz, wir wollen, daß Frieden in unser Gewerbe wieder einzieht. Und wer dafür ist, der schließe sich uns an.

Der Vorstand des Bundes deutscher Brauergesellen.

Der Bund deutscher Brauergesellen hat die Entwicklung unseres Verbandes und damit den sozialen und kulturellen Aufstieg der Brauereiarbeiter anfangs zwar verlangsamt, verhindern aber konnte er ihn nicht. Durch die Entwicklung unseres Verbandes und durch die Erfolge der von uns geführten Lohnbewegungen wurde der Bund deutscher Brauergesellen im Laufe der Jahre von seinem Programm so gut wie ganz abgedrängt. Während viele Jahre hindurch eines der Kampfmittel des

Bundes der stete Hinweis auf „die aus Verbandsbeiträgen sich mächtenden Agitatoren“ war, kostet heute dem Bund sein Beamtenapparat im Verhältnis zu seiner Größe mehr, als der Verband dafür auszugeben hat. Das Streikverbot, durch welches die Mitglieder des Bundes bei Verlust ihrer Mitgliedschaft verhindert wurden, sich an Streiks zu beteiligen, mußte der Bund aus seinem Statut entfernen, weil diese Bestimmung der Interessenvertretung der Bundesmitglieder hinderlich war. Es haben seitdem wiederholt Bundesmitglieder sich an Streiks beteiligt. Die um sich greifenden Tarifbewegungen des Verbandes in den vier Jahren veranlaßten den Bund, seinerseits sich ebenfalls für Abschlüsse von Tarifverträgen zu erklären. Sogar den damals in Bundeskreisen über alles gepflegten Gesellenstolz hat man abgelegt. Man versucht heute alle in den Brauereien beschäftigten Personen, also auch die Hilfsarbeiter, als Bundesmitglieder zu gewinnen.

Es ist von dem früheren Bundesprogramm so gut wie nichts übrig geblieben; in der Rüstkammer erhielt es einen Platz zugewiesen. Hinsichtlich dessen, was die Bundesmitglieder wollen und was ihren Interessen entspricht, unterscheiden sich diese von den Verbandsmitgliedern durch nichts mehr; insofern ist das gegenseitige Verhältnis auch ein wesentlich besseres geworden, als es früher sein konnte.

In kaum einer anderen Industrie hat der Weltkrieg so revolutionär gewirkt wie in der Brauindustrie. Gut 40 Proz. aller vor Kriegsausbruch gewerblich betriebenen Brauereien und Mälzereien sind schon heute entweder vorübergehend oder für immer stillgelegt. Das Braukapital hat sich in vorher ungeahnter Weise konzentriert. Die kapitalkräftigen Betriebe haben die Kundenschaft der stillgelegten Betriebe an sich gezogen und somit den Konkurrenzkampf immer mehr eingrenzt. Um so schärfer werden die Unternehmer nach dem Kriege den Kampf gegen die berechtigten Arbeiterforderungen aufnehmen. Es wäre lebhaft zu bedauern, wenn dieser Kampf deshalb zumungunsten der Kollegen auslaufen würde, weil ihnen eine geschlossene Organisation fehlt. Die Lage unserer Berufsgenossen ist sehr ernst. Es sollte daher für die Kollegen vom Bund und vom Verband der heutige Gedenktag Veranlassung sein, endlich zu begreifen, daß ein längeres „Getrenntmarschieren“ die Position der Gesamtkollegenschaft nur schwächt, diejenige der Unternehmer und deren Organisationen, die gekräftigt aus dem Weltkrieg hervorgehen, wesentlich stärkt. Die Kollegen in beiden Lagern (Bund und Verband) haben es in der Hand, dahin zu wirken, daß die zukünftigen Lohnbewegungen zu ihren Gunsten auslaufen. Weniger an den Führern als an den Mitgliedern der beiden Korporationen selbst wird es liegen, daß recht bald die so notwendige Einheitsorganisation der Brauereiarbeiter an Stelle der heutigen Zersplitterung tritt. Würdiger, als allen Ernstes dieser Frage zu gedenken und die nötige Muzanwendung daraus zu ziehen, können die Brauereiarbeiter das Jubiläum kaum begehen.

Zum falschen Weg die falsche Scham.

Gesieh dir's selbst, hast du gefehlt,
Rüg' nicht, wenn Einsicht kam,
Zum falschen Weg, den du gewählst,
Auch noch die falsche Scham.

Franz Grillparzer.

Wer möchte diese Worte Grillparzers nicht allen denen zurufen, die schon Mitglieder des Verbandes waren und die Fahne wieder verlassen haben.

Wenn wir die Zahl der Ausnahmen seit dem Bestehen unseres Verbandes betrachten, so müßte schon längst der letzte Brauerei- und Mühlenarbeiter organi-

siert sein, wenn nicht der weitaus größte Teil immer wieder den falschen Weg gewählt hätte. Wieviel könnte dann anders, besser, gerade so sein, wie es sich so viele eingebildet haben, daß es im Sandumdrehen werden müßte.

Wenn also noch so vieles zu wünschen übrigbleibt, was die Organisationen der Arbeiter nicht erreicht haben, liegt vor allem die Schuld an denen, die den falschen Weg gewählt haben und nun zudem noch eine falsche Scham Meister sein lassen. Wohl haben sie immer Gründe zum Austritt aus dem Verband oder zur Nichterfüllung ihrer Pflicht demselben gegenüber, so daß ihre

Mitgliedschaft mit der Zeit erloschen ist, aber diese Gründe sind alle recht sadenscheiniger Natur und halten einer ehrlichen Prüfung nicht stand. Betrachten wir einige der Ursachen, die zur Aufgabe der Mitgliedschaft führten:

Einschüchterung durch Drohung mit dem Verlust des Arbeitsverhältnisses durch Unternehmer, Direktoren und Vorgesetzten ist eines der beliebtesten Mittel, um Kollegen, die sich der Organisation anschließen, wieder abspenstig zu machen. Was haben die Kollegen gewonnen, wenn sie den falschen Weg wählten und dem Verband den Rücken kehrten? Sie können noch einige

Jahre in ihrer Stellung bleiben, meistens aber nur so lange, bis ihre Arbeitskraft nachläßt. Die Knochen steif werden und dann findet sich schon ein Grund, solche halbverbrauchten Arbeiter abzuschießen. Schon öftere Entlassungen genügen oft zur Entlassung. Nur ist man schon älter, bekommt nur mehr schwer Arbeit im Beruf, ebenso wo anders und statt der sicheren Existenz zieht Sorge und Kummer ein. Das ist der Punkt, daß man den Unternehmern Hunderte, ja Tausende von Mark geschenkt hat, weil man die Organisation für überflüssig, ja gefährlich hielt. Wehren gegen solche offensibare Ungerechtigkeit, kann man sich nicht, weil eben die Macht der Organisation durch eigene Schuld fehlt. Hätte sich ein solcher Mangel nicht irreführen lassen, hätte er tatsächlich seine Arbeitsstelle verloren, so hätte er wenigstens noch seine volle Arbeitskraft besessen und wäre leicht wo anders untergekommen. Oder sind die Berufscollegen, welche ihren Mann stellten, sich nicht einschüchtern ließen, schlechter daran, als die, welche sich gebückt haben und dann erst recht gedrückt wurden?

Begünstigungen. Das ist gewöhnlich das weitere Mittel, wenn Furcht nicht zieht, die Arbeiter wieder von der Organisation abzubringen. Wie falsch ist es, auf den Leim zu gehen? Wegen einiger Pfennige Lohnerbhöhung oder durch Zuschüssen eines besseren Kostens sich von der Organisation loszusagen! Zunächst schädigt man seine Mitarbeiter, weil davon 99 andere nicht leben können, wenn der hundertste ein besseres Auskommen hat. Dann macht man sich immer mehr vom Unternehmer abhängig, weil diese Begünstigung jeden Augenblick entzogen werden kann, sobald man in Ungnade beim Vorgesetzten fällt, und was das schlimmste ist, man zieht sich durch eine solche Begünstigung nicht nur den Neid, sondern auch den Haß und die Verachtung seiner Mitarbeiter zu, was diese wieder anspornt, dieselben Begünstigungen zu ergattern, das führt dann zu einem Wettrennen und schädigt beide Teile schwer. Wer lacht, ist der Unternehmer!

Un erfüllte Wünsche und Hoffnungen: Bei einer Bewegung konnte nicht erreicht werden, was man wünschte und hoffte, oder ein Kampf ist gar verlorengegangen. Statt über die Ursachen dieses Misserfolges nachzudenken, warf man die Flinte ins Korn. Daß dies ein falscher Weg ist, dürfte doch schon jeder einsehen. Wer die Waffe aus der Hand gibt, ist feige, kann nicht erwarten, daß er vom Gegner rücksichtslos behandelt wird. Früher oder später folgt die Strafe für ein solches Tun und zum Schaden hat man noch den Spott.

Animosität. Die gegenseitige Abneigung der Berufscollegen, die meistens unbegründet ist, ist sehr oft als Vorwand zum Austritt aus dem Verband angeführt worden. Wenn der oder jener nicht aus dem Verband ausgeschlossen wird, trete ich aus und wie dergleichen Anrufe lauten. Was erreichen die Kollegen damit, daß sie ihre Mitgliedschaft so leichtsinnig aufgeben? Nichts! als daß sie sehr bald den Frevler bereuen müssen, weil dadurch die Aktionsfähigkeit der Organisation leidet und dieselbe an Macht und Kraft verliert.

Früher oder später haben wohl die meisten Kollegen eingesehen, daß sie einen falschen Weg gewählt haben, aber dann kommt die falsche Scham, die sich in dummem Stolz äußert. Sie, die gefehlt haben, wollen mit dem Wiedereintritt in die Organisation nicht ihren früheren Fehler bestätigen. Das geht am deutlichsten aus allen den Entschuldigungen, die oft bei solchen Gelegenheiten angeführt werden, hervor. Jedenfalls fällt es allen, die den falschen Weg gewählt haben, schwer, die falsche Scham abzulegen, und es ist Aufgabe, bei der Agitation dementsprechende Rücksichten walten zu lassen.

Varum macht es allen, die den falschen Weg gewählt haben, möglichst leicht, damit sie wieder den richtigen Weg finden, bevor sie auch noch die falsche Scham hinzufügen.

Über alle, die mit dieser falschen Scham behaftet sind, mögen sich sagen, fürs Schämen gibt niemand etwas. Deshalb wieder hinein in die Organisation, bis zum letzten Mann, mehr als je brauchen wir für die Zukunft eine starke leistungsfähige Organisation.

Arm ist, wer in seinem engen Kreis das Ich gefangen hält; aber denen, die ihn sprengen, blüht und duftet reich die Welt. H.

Der freie Handel.

S.A.K. Die Bemühungen, den freien Handel recht bald wieder in seine Rechte einzusetzen, sind recht reger. Aus den verschiedenen Lagern der Industrie und des Handels wird vor allem auch für die Zeit der Uebergangswirtschaft die schnelle Beilegung der gegenwärtigen Zwangswirtschaft verlangt. Die Frage ist sehr wichtig, sie ist von großer Bedeutung für die künftige wirtschaftliche Entwicklung.

Der freie Handel übt in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine wichtige Funktion aus, er hat seine Aufgabe der Warenerfassung und der Verteilung mit viel Geschick durchgeführt, aber gegenwärtig fehlt die Grundlage für diese Tätigkeit. Die Warenproduktion hat zu ruhigen Zeiten die Tendenz, nicht selten über den Bedarf hinauszugehen, so daß in einem hochentwickelten Staat nie eine längere Stockung in der Versorgung des Marktes eintreten konnte. Zeigte sich

für eine Ware vorübergehend ein Mangel, so konnte der Handel die Lücke leicht ausfüllen, denn der Anreiz zu einem vermehrten Umsatz genügte, um durch eine stärkere Zufuhr den Ausgleich herbeizuführen. Der Krieg hat diese Regulierung des Marktes aufgehoben, denn je mehr wir bei der Versorgung des Marktes vom Ausland abhinkommen wurden und die eigene Produktion nachließ, um so aussichtsloser wurde die Auffüllung der leeren Läger. Der Mangel war das Herrschende und die schrankenlose Preistreiberi die notwendige Folge.

Die Preise steigerten sich für alle Waren zu einer solchen Höhe, daß die Minderbemittelten immer mehr als Käufer zurückgedrängt wurden. Es gab keinen andern Ausweg, als den freien Handel bei der Preisbildung anzuschalten. Deshalb die Höchstpreise, die nach und nach für alle Lebensmittel in Anwendung kamen, und als weitere Folge die Verschlagnahme und Verteilung. Je mehr der Markt entblößt wird, je wider setzt die Spekulation ein, und unerfüllt wird die hier nach leicht erreichbaren Gewinnen. Wenn die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel unter dem Zwang der Kriegswirtschaft nicht restlos erreicht ist, so ist es kein Zusammenbruch des Systems, wie vielfach behauptet wurde, sondern die Bestätigung einer alten Erfahrung, daß Not und Hunger die stärksten Banden zerreißen; der freie Handel hätte diese Kräfte nur noch lebhafter entwickelt und es wäre zu einem zügellosen Kampf um den Platz an dem Futtertrog gekommen.

Der Staatssozialismus oder Kriegsozialismus, wie man das System der heutigen Ordnung nennt, entwickelt eine Grundtenden, die wir lebhaft befürwortet haben, denn nur so konnten wir den Mangel an Nahrungsmitteln bis zu einem gewissen Grade erträglich gestalten, und wären unsere Behörden dieser Aufgabe gewachsen gewesen, es stände sehr viel besser um unsere Lebensmittelversorgung. Dabei sei bemerkt, es handelt sich hier nicht um die Erprobung einer sozialistischen Theorie, auch nicht der staatssozialistischen, weil die wirtschaftlichen Bedingungen im Kriege dafür nicht gegeben sind. Der Sozialismus will in der Organisation die Demokratie als Verwaltung einschalten. Er hat zur Voraussetzung nicht einen Mangel in der Gütererzeugung, sondern die höchste Steigerung. Der Staatssozialismus will wiederum die Bureaucratie des Staatsapparats einsetzen, um unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktion den Gewinn im Interesse der Gesamtheit zu verwenden. Aber auch er kann nur bei einer hohen Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte seine Position festigen. Der Krieg gibt dafür nur bis zu einer gewissen Grenze die Entwicklungsmöglichkeiten.

Haben wir nun ein Interesse daran, mit den Vertretern der liberalen Wirtschaftstheorie, dem Handelsbund und andern Handelskorporationen, die recht schnelle Aufhebung des Staatssozialismus nach dem Kriege zu fordern? Wir werden froh sein, wenn wir von der Kriegswirtschaft in jeder Form sobald als möglich befreit werden können. Aber nicht eher, als bis durch die Zufuhr die Marktlage eine Erleichterung gefunden hat. Wann das eintrifft, ist jetzt nicht zu sagen.

Soweit wir der überreichen Zufuhr bedürfen, hängt die Befriedigung des Bedarfs von der Art der Verwendung und dem Vorhandensein von Schiffsräumen ab. Der freie Handel würde nicht die zunächst erforderlichen Rohstoffe und Lebensmittel hereinbringen, sondern wahl- und planlos zugreifen. Für die Preise der Produkte wird die Frachtrate das entscheidende sein. Die Frachten werden aber, da bei der Nachfrage ein Preisanspruch erhoben wird, unter der freien Konkurrenz mindestens auf die Höhe steigen, die gegenwärtig die englische Schifffahrt erreicht hat. Im England für Lebensmittel die Verschlagnahme und Höchstpreise aufheben, würde ein Aufwärts der Preise zur Folge haben, das weit über die gegenwärtigen Höchstpreise hinausginge. Zur gleichen Zeit dürften wir aber damit rechnen, daß die Löhne zurückgehen und vorübergehend eine umfangreiche Arbeitslosigkeit eintritt.

Wir können deshalb die Zwangswirtschaft in der Uebergangswirtschaft nicht aufheben, denn die Arbeiter und alle Schichten der Minderbemittelten würden unter den hohen Preisen für alle Gebrauchsgegenstände in eine geradezu verzweifelte Lage geraten. Dabei würde sich aufs neue wieder ein wildes Drängen und Jagen um den käuflichen Bedarf entfachen, das alles in den Schatten stellen würde, was wir darin während des Krieges erlebt haben. Im Gegensatz zu den Vertretern des freien Handels halten wir eine Ausdehnung der Zwangswirtschaft für unbedingt notwendig; es ist ganz unmöglich, der Seeschifffahrt die freie Verfügung über den Frachtraum und die beliebige Festsetzung der Frachtrate zu belassen, das kann erst geschehen, wenn der gewaltige Ansturm in der Versorgung des deutschen Marktes sich gelegt hat. Jedes Uebermaß der Nachfrage muß im freien Verkehr zur Planlosigkeit und wilden Preistreiberi ausarten.

Schon die Beibehaltung der gegenwärtigen Preise würde unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte außerordentlich ungünstig beeinflussen, um wieviel mehr würde dies noch geschehen, wenn wir anstatt zum Abbau zu neuen Erhöhungen der Preise kämen.

Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ist die Befürchtung, daß auch auf dem Weltmarkt ein Mangel an den Waren vorhanden ist, die wir jetzt entbehren, nicht zutreffend. In Buenos Aires stand im Februar der Weizenpreis auf 25,50 M. die Tonne, während bei uns der Höchstpreis 350 M. betrug. Hafer notierte 116,60 M., wir hatten mit den Zuschlägen einen Preis von 100 M. In New York wurde für Weizen 118,70 M., Roggen 135,70 M. (Höchstpreis für Roggen in Deutschland 130 M.), Hafer 208,10 M. gezahlt. Die niedrigen Preise in Argentinien deuten darauf hin, daß große Bestände vorhanden sind, die jetzt keine Aufnahme finden. Aus Australien kommen dieselben günstigen Nachrichten. Natürlich läßt sich heute nicht übersehen, ob nicht diese Bestände, wenn aus allen ausgehungerten Ländern zugegriffen wird, schnell verschwinden.

Es ist damit zu rechnen, daß bei der nächsten Ernte Rumänien, die Ukraine, die russischen Ostseeländer, vielleicht auch Rußland Lieferungsgebiete für unseren Bedarf werden. Die deutsche Produktion wird im Frieden sehr bald in die Höhe kommen, so daß die starke Einschränkung der Protration aufgehoben werden kann. Dann wird der Zeitpunkt gekommen sein, wo der freie Handel wieder einsetzen kann. Wahrscheinlich wird für alle Lebensmittel eine gleichmäßige Wiederherstellung des freien Marktes nicht möglich sein, so wird z. B. die Fleischversorgung auf lange Zeit den Bedarf nicht decken können. Dagegen kann sich die Startoffelversorgung sehr bald heben und die Zuderproduktion, wenn der Heeresbedarf aufhört, schnell wieder den Massenkonsum befriedigen.

Lassen wir in der Rohstoffversorgung den freien Handel schalten und walten, dann würde der Kleinbetrieb wohl gänzlich beiseite gedrängt werden, und nur noch das kapitalistische Unternehmen sich beim Bezug der Rohstoffe behaupten können. Hoffentlich geht es uns nicht in der Uebergangswirtschaft wie in der Kriegswirtschaft, daß erst alle Maßnahmen verspätet aus der bittersten Notwendigkeit entstehen. Geht das Reichswirtschaftsamt auf die Anforderungen der Vertreter des freien Wirtschaftsprinzips ein, so werden wir in der Uebergangswirtschaft von sehr schweren Erschütterungen nicht bewahrt bleiben. Mit unserer Volkswirtschaft ist es wie mit einem Schwerkranken, der noch als Rekonvaleszent zu behandeln ist, er bedarf noch der Unterstützung, bis er selbständig sich wieder frei bewegen kann.

Robert Schmidt.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Verband der Bäcker und Konditoren hielt in der zweiten Maiwoche seine erste Kriegstagung ab. Aus dem Bericht des Vorsitzenden Altmann ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl während des Krieges stark zurückgegangen ist. 1914 zählte der Verband fast 30000 Mitglieder und Ende 1917 7206, trotz 25 629 Neuaufnahmen. Die Ursache dieses Rückgangs wird erstens auf die vermehrte Eingliederung der Heerespflichtigen und ferner auf das Eingehen bestimmter Nebenzweige dieses Gewerbes zurückgeführt. Altmann wendet sich gegen die Anträge, die darauf hinauslaufen, an der Haltung des Vorstandes und der Tätigkeit der Generalkommission ungebührliche Kritik zu üben. Die Beschlüsse der Vorstände und deren Kommissoren wären das einzig Richtige gewesen, um die Interessen der Arbeiter wahren zu können. Die Debatte drehte sich vornehmlich um die sogenannte Politik der Generalkommission. Es gelangte ein Vermittlungsantrag zur Annahme, der sich nicht mit allen Beschlüssen und Maßnahmen der Generalkommission während des Krieges einverstanden erklären kann und verlangt weitgehende Neutralität der Gewerkschaften in politischen Fragen. Die Reform des Beitragswesens wurde fast restlos nach dem Antrag des Vorstandes angenommen und Staffelleistungen 40 bis 130 Pf. beschliffen. Letzte Masse soll bereits bei einem Verdienst von über 42 M. bezahlt werden. Entsprechend wurde noch das Unterstützungsweien erheblich verbessert, mit Ausnahme der Krankenunterstützung, die etwas zugunsten der anderen Unterstützungsweige reduziert wurde. Der Verbandstag beschäftigte sich noch mit der Forderung des Nachtbrotverbots und beschloß ferner eine Pensionklasse für die Angehörigen der Organisation. Die Schaffung eines Berufs gelangte gleichfalls zur Annahme. Allgemein dürfte der Rücktritt des Vorsitzenden Altmann aufgefallen sein, an dessen Stelle Diermeyer-München tritt. Altmann bleibt jedoch der Organisation in gewissem Sinne erhalten und soll er das internationale Sekretariat weiter führen. — Die dem Verbandstag voraus ging eine

Konferenz der Genossenschaftsbäcker, welche sich mit der Kündigung des Reichstarifs befaßte. Nach längerem Hin und Her wurde der Vorstand gemäß des Verbandstagsbeschlusses beauftragt, die Verlängerung des Vertrags um ein Jahr anzustreben.

Der Verband der Buchdrucker hatte für die letzte Maiwoche einen außerordentlichen Verbandstag nach Würzburg einberufen. Der Vorstandsbericht, der durch Graßmann gegeben wurde, fand eine sehr gute Aufnahme und zeitigte fast ausnahmslos eine zustimmende Kritik. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Tariffrage. Die Buchdrucker sind nach und nach in der Lohnfrage von der führenden Stellung im deutschen Erwerbsleben zurückgedrängt worden bzw. konnten die Buchdrucker nicht Schritt halten mit den Nütungsarbeitern, für die die augenblickliche Situation des Krieges günstiger lag. Infolgedessen sind die Wünsche der Arbeiterschaft dieses Gewerbes recht beträchtliche. Zur Frage steht Tarifbindung oder Tarifrevision oder Verlängerung des Tarifvertrags mit Verbesserung der jetzt bestehenden Feuerungszulage. Ferner steht auch der Organisationsvertrag zur Debatte. Alle diese Fragen werden in geschlossener Sitzung behandelt. Die Verhandlung-

gen über diesen Gegenstand gegen sich bis zum dritten Tage ein und wurde eine Entschädigung einmütig angenommen, die eine Mündigung des Vertrags nicht fordert, aber für 1918 soll eine Revision beantragt werden unter entsprechender Erhöhung der jetzt geltenden Mindestsätze und einer besseren Regelung des Lehrlingsverhältnisses. Ferner wurde der Verbandsvorstand beauftragt, eine bessere Regulierung der jetzt gezahlten Teuerungszulage zu erzielen. Sollte sich bei diesen Verhandlungen ein annehmbares Ergebnis zeitigen, so soll von der Forderung auf Tarifrevision abgesehen werden. Zu einer recht eingehenden Diskussion führte die Frage des Organisationsvertrages, an dem auch der Guttenbergverein beteiligt ist. Anlässlich des letzten politischen Massenstreiks wurde auf Schadenerlass gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund geklagt. Die Generalversammlung lehnte die Zahlung eines Schadenersatzes ab und erklärte, gegebenenfalls kein Interesse an der Aufrechterhaltung des Organisationsvertrages zu haben. Zum Unterstützungsweien lagen nur unwesentliche Abänderungsanträge vor und hatte auch der Vorstand von einer Reform auf diesem Gebiet infolge der Unmöglichkeit der Zeit abgesehen. Der Verbandstag beschäftigte sich am letzten Tage noch mit der Uebergangswirtschaft und stellte ein eigenes Berufsprogramm auf. Die Politik der Generalkommission wurde hierbei auch kritisch geteilt, jedoch nicht zum Mittelpunkt der Debatte gemacht. Als Kommissar Döbl. n. s., der fast 30 Jahre die Organisation geleitet hat, wurde Seib. München gewählt, der bereits 25 Jahre Gauleiter des Verbandes ist. Der außenstehende Beobachter dieser Tagung muß zu dem Ergebnis kommen, daß dieser Verbandstag mit großer Ruhe und Würde bedeutungsvolle Arbeit geleistet hat, und daß Kleinlichkeit nach böswilliger Mordgelei keine Stätte finden konnten.

Das Tarifamt der Deutschen Chemikarographen und Kupferdrucker zeigt in seinem Geschäftsbericht für 1916 und 1917, daß noch 78,18 Proz. der Gehältern einen Lohn von 50 Mk. und weniger haben. Der Bericht erklärt diese Verhältnisse aus den Kriegswirkungen heraus. Auch hätte zur Aufrechterhaltung des Gewerbes weiblicher Erzieher herangezogen werden müssen. Der Bericht verurteilt ferner, daß in vielen Fällen nicht die Tarifinstanzen angerufen, sondern die ordentlichen Gerichte in Anspruch genommen werden.

Die Privatangestellten haben in den letzten Wochen durch ihre Organisationen, teils durch den einzelnen Verband oder die bestehenden Arbeitsgemeinschaften eine sehr rege Tätigkeit entfaltet gegen das Bestreben der Regierung, besondere Kammern für die Angestellten zu schaffen. Allgemein wird die Einbeziehung der Angestellten in der jetzt gedachten Arbeitskammergesetzgebung gefordert. Und das mit Recht. Schon die besonderen sozialen Versicherungseinrichtungen haben gezeigt, wie überflüssig, ja direkt schädigend eine solche Trennung der Berufe ist. Der einmütige Protest wird hoffentlich nicht überhört werden.

Die Eisenbahner haben gleichfalls in vielen stark besuchten Versammlungen Protest gegen die besondere Behandlung der Eisenbahner und deren Ausschluß bei dem jetzigen Arbeitskammergesetz eingelegt. Legien erklärte in einer Berliner Versammlung sogar, daß die Gewerkschaften auf ein Gesetz verzichten würden, wenn nicht den berechtigten Wünschen der Organisationen Rechnung getragen werde.

Auf dem Wege zur Einheitsorganisation scheinen sich erfreulicherweise die Eisenbahnarbeiterorganisationen zu bewegen, soweit sie als moderne Gebilde der Arbeiterorganisation angesprochen werden dürfen. Der Süddeutsche Eisenbahnerverband hat auf seiner letzten Generalversammlung Erbe. Mai in Stuttgart beschloffen, der Verschmelzung mit dem Deutschen Eisenbahnerverband, der jüngsten Organisation auf diesem Gebiete, näherzutreten.

Aus den Geschäftsberichten der Verbände für das Jahr 1917 entnehmen wir, daß es dem Verband der Gemeindearbeiter möglich war, im vergangenen Berichtsjahr für seine Mitglieder durch gut geführte Lohnbewegung einen nennenswerten Ausgleich zu schaffen gegenüber den enorm gestiegenen Lebensmittelpreisen. An Lohnsteigerungen wurden insgesamt 48 075 000 Mark erzielt und daneben noch eine Arbeitszeitverlängerung für 7500 Personen von 27 060 Stunden pro Woche. — Der Deutsche Holzarbeiterverband kann für das Jahr 1917 einen erheblichen Fortschritt in seinem Mitgliederbestand nachweisen. Am Jahresabschluss waren 71 781 männliche und 18 556 weibliche Mitglieder vorhanden, also eine Gesamtsteigerung gegenüber 1916 um 32,2 Proz. Diese günstige Entwicklung brachte der Kasse eine Reinerlöse von 130. Heberzug von 745 550 Mk. Für die Kampfsituation im Lager des Unternehmertums zeugt die Tatsache, daß der Verband gezwungen war, neben einer großen Zahl von Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen, in 50 Fällen zum Mittel des Streiks zu greifen. Die Steigerung der Lohnsumme wird auf 75 Millionen Mark geschätzt. — Auch die Organisation der Kupferkammer kann mit dem Jahr 1917 zufrieden sein. Die Mitgliedszahl stieg um annähernd 500 und das Verbandsvermögen um 22 000 Mk. was erheblicher Aufwendungen für Kriegsunterstützungen. Seit Kriegsanfang wurden 318 157 Mk. für Kriegsunterstützung aufgebracht und 302 784 Mk. davon ausgegeben. — Der Landarbeiterverband nahm im Vorjahr an männlichen Mitgliedern 1198 und an weiblichen Mitgliedern 1327 zu und beträgt die Gesamtmitgliedszahl Ende 1917 wieder 8774. Dieser Fortschritt ist unter Berücksichtigung der bekannten Agitationschwierigkeiten sehr beachtlich.

August Bringmann feierte am 1. Juni d. J. sein Jubiläum fünfundsingzigjähriger Tätigkeit als Redakteur des Organs des Zimmererverbandes und als Mitglied des Vorstands. Der Name Bringmann hat in der deutschen Gewerkschaftsbewegung schon seit langen Jahren einen guten Klang und wünschen wir der Organisation der Zimmerer, daß ihr diese schätzbare Kraft noch lange erhalten bleibe.

Vom Weltkriege.

Gefallen sind aus der Zahlstelle:
 Viefefeld: Robert Uhlmann, Arbeiter, Brauerei Weisenburg in Völpstadt;
 Weidenburg i. Br.: Emil Lorenzberger, Bierfahrer, Greifenbräuerei, Muttenbergen;

Preis: Robert Reinhold, Brauer, Armschütz, Glasfensterarbeiter, beide von der Vereinsbrauerei; Heidelberg: Heinrich Zehner, Hilfsarbeiter; Karlsruhe: Martin Trischler;
 Blaubeuren i. B.: Otto Brisinger, Köchler;
 Neutlingen: Friedrich Schrijde, Brauer;
 Ihre ihrem Aussehen!
 Fernwunder wurden aus der Zahlstelle:
 Dortmund: Karl Sperl, Brauer, Gildenbrauerei, Ernst Kunz, Autofahrer, Aktienbrauerei;
 Neutlingen: Karl Wader, Brauer, z. Zt. St. Vincenzstift Hannover, Heinrich Schmidt, Küfer.
 Auszeichnungen erhielten aus der Zahlstelle:
 Mannheim: Friedrich Jinn, Ludwigskafen, das Jahr. Verdienstkreuz 3. Klasse mit Schwertern.

Militärrente und Arbeitslohn. Trotz aller gegenständlichen Versicherungen versuchen es immer wieder Arbeitgeber, bei der Bemessung des Lohnes für Kriegsbeschädigte, deren Rente mit in Anrechnung zu bringen. Zu diesem Zweck wenden sie sich an die militärischen Stellen, um Auskunft über die Höhe der Renten zu erhalten, weil sie vielfach den Angaben der Kriegsverletzten nicht glauben. Das Kriegsministerium hat deshalb verboten, den Arbeitgebern solche Auskünfte zu erteilen und hat außerdem angeordnet, daß künftig beim Abschluß von Lieferungsverträgen eine Klausel eingefügt werden soll, wonach eine Anrechnung der militärischen Versorgungsgebühren bei der Entlohnung kriegsbeschädigter Arbeiter und Angestellter nicht stattfinden darf.

Lohnzulagen in der Ukraine. Die in der Ukraine herrschende Teuerung, der Soldat bezahlt für ein einfaches Essen sechs bis acht Mark, eine Tasse Kaffee kostet zwei Mark, hat es notwendig gemacht, den dort befindlichen deutschen Heeresangehörigen recht erhebliche Zuschüsse zu geben. In Kiew und Odessa erhalten bei Selbstverpflegung eine tägliche Zulage: Offiziere 24 Mk., Unteroffiziere und Mannschaften 16 Mk., bei Verpflegung aus dem Magazin: Offiziere 7 Mk., Unteroffiziere und Mannschaften 4 Mk. In Uzd, Kowno, Poltawa, Schitomir, Homel, Charlow, Jekaterinoslaw, Tschernigow, Panditichow, Nikolajew und Chersow erhalten die Offiziere pro Tag 21 resp. 6 Mk., die Unteroffiziere und Mannschaften 14 resp. 3 Mk. In den anderen Orten beträgt die Zulage für Offiziere 18 resp. 5 Mk., für Unteroffiziere und Mannschaften 12 resp. 2 Mk.

Bewegungen im Berufe.

Brauereien, Bierneidlagen.
 + **Bauhen.** Die Aktienbrauerei erhöhte die Teuerungszulage um 4 Mk. pro Woche.
 + **Grainowitz i. Schl.** Die Genossenschaftsbrauerei erhöhte nach Verhandlung die Teuerungszulage um 2 Mk. wöchentlich für verheiratete Männliche und 1 Mk. für Frauen und Ledige.
 + **Frankfurt a. M.** Unerreicht Eingaben betreffs Erhöhung der Teuerungszulagen haben vorerst in Frankfurt-Ganauburg ihren Abschluß gefunden.
 In den Frankfurter Verbandsbrauereien wurden nachfolgende Verbesserungen erzielt:
 Als weitere Teuerungszulage erhalten für die Woche:
 a) alle männlichen Arbeiter 5 Mk., also jetzt insgesamt 20 Mk.; b) alle weiblichen Arbeiter 5 Mk., also jetzt insgesamt 14 Mk.; c) alle jugendlichen Arbeiter 3 Mk., also jetzt insgesamt 11 Mk.
 Die Ueberstunden wurden um 20 Pf. erhöht und betragen jetzt an Werktagen 1 Mk., an Sonn- und Feiertagen 1,20 Mk.; für weibliche und jugendliche Arbeiter 80 Pf. und 1,20 Mk. Den Schichtarbeitern wird pro Woche 3 Mk., bisher 1,50 Mk. vergütet.
 Im Schichtwechsel wird für die siebente Schicht ein Sechstel des Wochenlohnes und ein Sechstel der jeweiligen Teuerungszulage bezahlt; bisher ein Sechstel des Wochenlohnes.
 Die Bierfahrer, die über Land fahren und nach 1 1/2 Uhr nach Hause kommen, erhalten für auswärtig eingenommenes Mittagsessen 1,50 Mk. und für jede weitere Stunde von 1 1/2 Uhr ab 20 Pf. pro Stunde; bisher 80 Pf. und für die Stunde 10 Pf.
 Die Frankfurter Keffelweinkelereien gewähren ihren Arbeitern gleichfalls eine weitere Zulage von 5 Mk., den Arbeiterinnen eine solche von 3 Mk.
 Die Ueberstunden wurden um 10 Pf. erhöht.
 Die von der Vereinigung der Frankfurter Keffelweinkelereiproduzenten beabsichtigten Verschlechterungen verschiedener Bestimmungen des Tarifvertrages wurden zurückgewiesen.
 Auch an die Ganauburg Brauereien reichten wir Forderungen ein und wurden nachstehende Verbesserungen erzielt:
 Die bestehende Teuerungszulage wird um 5 Mk. erhöht und beträgt jetzt insgesamt 15 Mk., in der Brauerei noch 14 Mk.
 Die Ueberstunden wurden um 10 Pf. erhöht.
 Für die siebente Schicht wird 50 Pf. mehr vergütet.
 Die Aktienbrauerei Bad Somburg gewährte ihren Arbeitern eine weitere Zulage von 2 Mk.
 + **Greifswald.** Die Direktion der hiesigen Brauerei lehnte Verhandlungen auf Wiedereinführung des Tarifs und Gewährung einer höheren Teuerungszulage ab. Es wurde deshalb der Schlichtungsausschuß angerufen. Derselbe erklärte sich für unzuständig, über Wiedereinführung des Tarifs zu befinden; keine Zuständigkeit erstreckte sich nur auf die Prüfung, ob die Löhne angemessen seien oder nicht. Er setzte den Lohn auf 58 Pf. pro Stunde ab 1. Juni 1918 fest. Ueberstunden werden wochentags mit 65 Pf., Sonn- und Feiertagsarbeit mit 70 Pf. bezahlt.

+ **Hainichen.** Die Brauerei Gebr. Klein & Co. m. b. H. erhöhte die Teuerungszulage für männliche Arbeiter um 3 Mk., für weibliche um 2 Mk. pro Woche. Die Ueberstunden wurden um 10 und 20 Pf. pro Stunde erhöht.
 + **Witten i. B.** Durch Verhandlung mit der Direktion der Inselbrauerei wurde am 1. Juni eine weitere Erhöhung der Teuerungszulage von 5 Mk. pro Woche bewilligt. Zu wünschen wäre nur, daß der Zusammenhalt unter der Arbeiterkassette wieder ein besserer wird und daß die dort beschäftigten Arbeiter auch der Organisation das notwendige Interesse entgegenbringen.

In Nr. 25 hat sich im Bericht von M. C. P. ein finanzfördernder Fehler eingeschlichen. Der Satz, wonach es heißt: die Zustimmung der Arbeiterkassette usw. muß am Schlusse lauten: „sicher nicht unbedeutend“.

Brennereien, Geseffabriken.

+ **Hamburg.** Durch Verhandlung mit der Brennerei Kornblume in Altona wurde die Teuerungszulage von 12 auf 25 Proz. und die Ueberstundenberechnung um 10 Pf. pro Stunde erhöht.
 + **Hamm.** Die Brennerei Asbed bewilligte auf Antrag ihren Arbeitern eine Teuerungszulage von 5 Mk. pro Woche. Diejenigen Arbeiter, die nach der zweiten Lohnklasse des Tarifvertrages entlohnt werden, erhalten als Ausgleich eine weitere Steigerung von 1,50 Mk. pro Woche. Für den 1. September d. J. erfolgt für alle Arbeiter eine monatliche Zulage von 1 Mk.

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Haltung des Unternehmers für gestohlene Kleidungsstücke der Arbeiter. Eine für die Arbeiter wichtige Entscheidung fällt das Gewerbegericht in Augsburg. In einer größeren Brauerei waren einem Arbeiter aus dem nicht verschließbaren Aufbewahrungsraum Kleider und Schuhe im Werte von 160 Mk. gestohlen worden. Da im gleichen Betrieb schon vorher Diebstähle von Arbeitsschleibern vorgekommen waren, wurde die Betriebsleitung von den Arbeitern wiederholt ersucht, den Aufbewahrungsraum verschließbar zu machen oder den Arbeitern verschließbare Kleiderkörbe zur Verfügung zu stellen. Die Direktion kam indessen dem Ansuchen nicht nach, vielmehr begnügte sie sich damit, durch einen Anschlag bekanntzugeben, daß die Firma bei Diebstählen von den Arbeitern gehörigen Gegenständen eine Haftung nicht übernimmt.

Der bestohlene Arbeiter verlangte nun von der Firma Schadenersatz, wurde aber damit abgewiesen. Das Gewerbegericht, an das er sich nun wandte, entschied nach längerer Verhandlung am 12. Juni, daß die beklagte Firma an den Arbeiter 160 Mk. nebst 4 Proz. Zinsen für die ihm abhanden gekommenen Kleidungsstücke zu zahlen hat. Das Gericht hielt es für nachgewiesen, daß die Firma wiederholt auf den Mangel eines nichtverschließbaren Aufbewahrungsraums hingewiesen wurde, ohne daß dem Mangel abgeholfen wurde, obwohl technische Schwierigkeiten nicht bestanden. Der bloße Anschlag mit der Ablehnung der Haftung der Firma für gestohlene Gegenstände der Arbeiter des Betriebes sei ungenügend und entbehe die Firma nicht von der Verpflichtung, Vorsorge zu treffen, um Diebstähle hintanzuhalten. Nachdem die Firma trotz Aufforderung das billige und gerechte Verlangen der Arbeiter nicht erfüllt hat, so liegt ein Verstoß gegen die im Verfehr erforderliche Sorgfalt vor, zu deren Beobachtung der Arbeitgeber nach § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verpflichtet ist.

Ein ähnliches Urteil hat am 18. Februar auch das Berliner Gewerbegericht gefällt, das einem Dreher Entschädigung zusprach. In der Begründung dieses Urteils heißt es: „Unstreitig bestand die Kleiderablage nur in einem tagsüber allerdings verschlossenen Raum, der jedoch zur Zeit des Schichtwechsels längere Zeit offen stand und in dem die Kleiderstücke offen an Stangen hingen. Zwar waren für mehrere derartige Kleiderablagen einige Wächter vorhanden, die jedoch nicht darauf achten konnten, ob jeder auch seine eigenen Sachen nahm. Eine solche Einrichtung entbehrt keine ausreichenden Maßregeln gegen Diebstähle. — Es sind zahlreiche Möglichkeiten denkbar, wie die Kleider der Arbeiter wirksam geschützt werden können. Es könnte z. B. für jeden Raum oder doch wenigstens für zwei bis vier Personen ein Schrank vorhanden sein, es könnte wie bei Theatern die Unterbringung der Sachen gegen Marken erfolgen; auch könnten die Sachen durch unten mit einem Vorlegebrett verbundene Ketten gesichert werden. Zu derartigen Maßregeln muß die Beflagte um so mehr für verpflichtet erachtet werden, als Diebstähle in größeren Fabriken notorisch nicht zu den Seltenheiten gehören. Es mag auch noch darauf hingewiesen werden, daß in Fabriken Werkzeuge der Firmen der Arbeitern gewöhnlich nur gegen Kontrollmarken ausgehändigt werden. Die Sorgfalt aber, die Firmen hinsichtlich ihres Eigentums anzuwenden, darf nicht bezüglich der Kleidungsstücke der Angestellten außer acht gelassen werden.“

Anfangung der Kleinbetriebe. Die Thüringer Exportbrauerei in Neustadt a. d. Orla kaufte die Brauerei von Geuba u. Sohn und von Fritz Steffel für 1 200 000 Mk. — Die Aktienbrauerei Marienhal in Hamburg beruft eine außerordentliche Generalversammlung ein, um einen Antrag auf Genehmigung eines Verschmelzungsvertrages mit der Aktien-Bierbrauerei in Hamburg zu beraten.

Frühjahr und Mühlenarbeiterlohn. Im Rundschreiben Nr. 23 der Reichsgewerkschaften betr. Aufnahme und Veranlagung des Frühjahrslohnereises befindet sich folgende interessante Stelle: „Das Gipfelpunkt anfangs, so werden die Mühlen sich, wo dies irgend möglich ist, zunächst selbst nach geeigneten Maßnahmen, vielleicht in Nachbarbetrieben. Die vorübergehend Arbeiter abgeben können, umsehen müssen. Erst wo dies nicht durchführbar ist, kommt die Bestellung militärischer Arbeitskräfte in Frage. Wegen der Entlohnung dieser Kräfte wird mit der zuständigen militärischen Dienststelle zu verhandeln sein, so zwar, daß sich Vorfälle wie im Vorjahr, in denen es unter Umständen auf mangelhafte Bezah-

Jung Joger zur Niederlegung der Arbeit gekommen ist, nicht wiederholen."

Wie sind die Arbeitsverhältnisse sehr dankbar, daß sie unter Benutzung der militärischen Dienststellen für eine angemessene Entlohnung der rekrutierten Mühlenarbeiter sorgen will; wer trägt uns aber dafür, daß solche militärischen Stellen den richtigen Mähten dafür haben, welcher Lohn bei den jetzigen ungeheuerlichen Preisen für alle Lebensbedürfnisse angemessen ist? Wäre es nicht richtiger gewesen, man hätte den Mähten die Verkündung mit der Organisation der Mühlenarbeiter zur Pflicht gemacht?

Bei dieser Gelegenheit müssen wir darauf hinweisen, daß infolge der Neuorganisation der Mähten jetzt oft nicht unbeträchtliche Mehrkosten an Wagemiete, Lagergeld, Zolleinhebungen usw. erwachsen, für die durch die Kriegsgeldrente unserer Wäfers nur ungenügender Ersatz gewährt wird. Es ist es anzuführen der niedrigen Mähten, welche die Kriegsgeldrente zahlt, zwar nicht entschuldbar, aber doch begründet, wenn sich die Unternehmer an den Arbeiterlöhnen schadlos zu halten suchen. Während beinahe alle Kriegsgesellschaften den Kriegsgeldrenten die günstigsten Chancen bieten, verfährt die Kriegsgeldrenten den Mähten gegenüber mit einer verächtlichen Unbilligkeit. Wahrscheinlich deshalb, weil es sich da um Arbeitslohn handelt, demgegenüber die Forderungen schon immer und überall ungenügend waren. Das muß auch einmal gesagt werden!

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

J. S. Die hohen Arbeiterlöhne. Die „Mölnische Zeitung“ druckt die amtliche Lohnstatistik über die Entwicklung der Vergarbeiterlöhne vom Kriegsbeginn bis zur Gegenwart ab. Die Statistik ergibt im allgemeinen eine Lohnsteigerung auf rund das Doppelte der früheren Lohnhöhe. Wie dieser Einkommensverdoppelung stehen die Vergarbeiter jedoch nicht an erster Stelle unter den Berufsarbeitern. Eindeutig steht aber auch die „Mölnische Zeitung“ überlicher Weise hinzu: „Diese Lohnverhöhung im Laufe des Krieges entspricht aber bei weitem nicht der in derselben Zeit sich geltend machenden Erhöhung der Preise für die allmähliche Lebensführung.“ Man wird sich diese zutreffende Feststellung für den Fall merken müssen, daß demnächst vom Untertnehmerseite wieder über die ungeheure Steigerung der Löhne geklagt wird.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

J. A. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1917. Der Jahresbericht deutscher Konsumvereine für das Jahr 1917 ist soeben erschienen und bietet neben einigen wertvollen wirtschaftspolitischen Aufsätzen und einer Uebersicht über die Tätigkeit der Verbandsorgane die besagten statistischen Zusammenstellungen. Die Aufsätze behandeln in Einzelabhandlungen die Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Volksernährung im Jahre 1917 und die wirtschaftlichen Kämpfe der Genossenschaften, die leider auch während des Krieges nicht vollständig vernachlässigt werden konnten.

Ueber den Stand der deutschen Konsumvereinsbewegung am 1. Januar 1918 bringt der Bericht folgende interessante schlagwortartige Darstellung: Es bestanden Anfang 1918 2500 Konsumvereine, die rund 20 Millionen Mitglieder umfassen und einen Umsatz im eigenen Geschäft von 805 Millionen Mark erzielen. Von denen für 182 Millionen Mark in eigenen Betrieben hergestellt waren. Der gesamte Vermögenswert betrug 60 Millionen Mark, der Wert des Grundbesitzes 108 Millionen, die Höhe der Geschäftsausgaben der Mitglieder 35 Millionen und die der Reserven aller Art 37 Millionen Mark.

Der größte und fortschrittlichste Teil der deutschen Konsumvereinsbewegung ist im Zentralverband organisiert. Es gehören dem Verbande an:

Table with 6 columns: Genossenschaftstyp, Jahr, Mitgliederzahl, Umsatz, Eigenproduktion, Ueberschuss. Rows include Konsumvereine, Arbeiter u. a. Gen., Großhandelsvereine, Bedarfsvereine.

Die wichtigste Gruppe unter den dem Zentralverband angeschlossenen Organisationen ist natürlich die der Konsumvereine. Sie hat die Zahl ihrer Mitglieder nicht unwesentlich erhöht, ebenso den Umsatz, eine Erhöhung, die freilich nur auf die allgemeine Steigerung der Warenpreise zurückzuführen sein dürfte. Von dem Umsatz dieser Vereine in Höhe von 600 Millionen Mark entfallen 301 Millionen auf den Umsatz im eigenen und 9 Millionen auf den im Lieferantengeschäft. Einen erfreulichen Aufschwung hat trotz der schwierigen Zeitverhältnisse die Eigenproduktion der Konsumvereine genommen. Es wird jetzt rund ein Viertel der abgesetzten Waren in eigenen Betrieben hergestellt; wenn man die Eigenproduktion der Großhandelsvereine und die der meist für den Bedarf der Konsumvereine arbeitenden Produktionsgenossenschaften hinzurechnet, sogar fast ein Drittel. Die Erhöhung, einschließlich des festen Rabattes, ist leider zurückgegangen, eine Folge der außerordentlich gesteigerten Geschäftskosten, denen keine entsprechend gesteigerten Aufschläge auf die Warenpreise gegenübergestellt werden konnten. Beschäftigt wurden in den berichteten Konsumvereinen 1917 24886 Personen, davon 2061 in der Warenverteilung und 3025 in der Warenherstellung.

Die Geschäftsausgaben der Mitglieder betragen am Jahreschlusse 12,8 Millionen Mark, die verschiedenen Fonds 35 Millionen Mark, die Gausanteile der Mitglieder 5,4 Millionen Mark, was zusammen ein eigenes Betriebskapital von 88 Millionen Mark oder rund 41 Mk. pro Mitglied ergibt. Es ist dies immerhin noch eine recht beachtliche Summe. Der Grundbesitz stand mit 107 Millionen Mark zu Buche.

Die zweite Gruppe, die der Arbeiter- und sonstigen Genossenschaften, stellt eine recht bunte Gesellschaft dar. Es gehören ihr neben den eigentlichen Produktions-

genossenschaften noch eine Anzahl Bauerngenossenschaften, Vertriebsvereine, 7 Konsumvereine-Produktionsgenossenschaften, die ausschließlich für den Bedarf ihrer eigenen Mitglieder produzieren, und eine Zentral-Produktionsgenossenschaft an. In der Zusammensetzung und den Geschäftsergebnissen dieser Gruppe hat sich wenig geändert. Uebrigens nimmt der Zentralverband seit 1913 keine neuen Produktionsgenossenschaften mehr als Mitglied an. Es wurden von diesen Produktionsgenossenschaften 147 Personen beschäftigt, und zwar 1008 in der Warenverteilung und 340 in der Verteilung.

Die dritte und vierte Gruppe wird nur von je einer Gesellschaft gebildet. Die Großhandelsvereine deutscher Konsumvereine hat ihr Vermittlungsgeschäft im vergangenen Jahre nicht unwesentlich einschränken müssen; eine Folge der immer stärkeren Uebernahme der Warenvermittlung auf dem Staat und die Konsumvereine. Auch ihr Ueberschuss ist infolgedessen stark zurückgegangen. Die Gesellschaft zählte Ende 1917 1007 Teilnehmer. Sie beschäftigte in ihren Betrieben 1577 Personen gegen 1502 im Vorjahre.

Die Geschäftsergebnisse der Verbandsorgane deutscher Konsumvereine sind im wesentlichen aus obiger Aufstellung ersichtlich. Es werden hier die Zeitungen und die Broschürenliteratur des Verbandes hervorgehoben; auch hat die Gesellschaft eine Verbands- und eine juristische Abteilung und betreibt die Herstellung von Läden für die Vereine.

Arbeiterversicherung.

In private Betriebe verurteilte Kriegsschädigte unterliegen der Angestelltenversicherung. Dies hat der Reichsausschuss Berlin der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in seiner letzten Entscheidung festgestellt. Er führt dies näher aus: Kriegsschädigte, welche zu privater Arbeitseinnahme von der Militärbehörde zur Verfügung gestellt werden, können nur dann für versicherungsfrei angesehen werden, wenn diese Beschäftigung einen Teil der ärztlichen Behandlung, also sogenannte Arbeitstherapie, darstellt. Dies ist der Fall, wenn die betreffenden Kriegsschädigten aus Gründen der Heilbehandlung zur Betriebsbeschäftigung kommandiert werden und wenn während dieser Beschäftigung eine gewisse ärztliche Aufsicht in einer der Sachlage angepaßten Form Platz greift. Während dieser Kommandierung erlittene Unfälle würden als Dienstbeschädigung, das heißt als Voraussetzung für eine etwaige Militärversorgung in Betracht kommen. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, so unterliegen die Kriegsschädigten in vollem Umfang der reichsgesetzlichen Versicherung und haben gegen die Versicherungsträger Anspruch auf die gesetzlichen Leistungen.

Verchiedenes.

Krieg und Militärdienstpflicht. Nach dem Wehrgesetz wird jeder Deutsche mit der Vollendung des 17. Lebensjahres wehrpflichtig. Die Militärdienstpflicht beginnt mit dem 1. Januar des Kalenderjahres, in dem der Wehrpflichtige das 20. Lebensjahr vollendet. Im Verlauf dieses Krieges sind auf Grund der Landsturmpflicht Wehrpflichtige eingezogen worden, die noch nicht militärfähig waren. Diesen jungen Leuten wird die im Kriege geleistete Dienstzeit an gerechnet. Die Sache liegt so:

Männschaften, die beim Ersatzgeschäft im Frieden dem Landsturm überwiesen worden oder zu ihm aus der Ersatzreserve oder Marineersatzreserve übergetreten sind und dann eingezogen wurden, ferner alle Mannschaften, die bei den U.-Musterungen ausgehoben wurden, werden gemäß § 31 des Gesetzes vom 11. Februar 1898 mit der Auflösung des Landsturms entlassen; ebenso der gediente Landsturm. Leute, die bei der Demobilisierung das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, werden, wenn sie nicht freiwillig bei der Truppe bleiben wollen, gleichfalls entlassen. Werden sie dann später, im Frieden, bei dem ordentlichen Ersatzgeschäft ihres Jahrgangs ausgehoben, dann wird ihnen die im Kriege geleistete Dienstzeit angerechnet. Wer also eine Kriegsdienstzeit von einem Jahre hinter sich hat und bei der Demobilisierung entlassen wird, hat für den Fall seiner späteren Aushebung zur Infanterie nur noch ein Jahr zu dienen. Festzuhalten ist daran, daß die Kriegsdienstzeit auf alle Fälle voll auf die Pflichtdienstzeit angerechnet wird. Verheiratete zählen aber in diesen Fällen nicht doppelt. Immerhin aber kann und wird vermutlich auch der Fall eintreten, daß Leute, die ihre aktive Dienstzeit vollendet haben, noch einige Zeit im Dienst zurückbehalten werden. Die Dauer dieser Zurückbehaltung, die vornehmlich die jüngeren Jahrgänge betreffen kann, zählt dann als militärische Uebung.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“ Berlin N. 27, Schillerstraße 61 V. Fernsprecher: Amt Königsplatz 273.

Siehe Woche ist der 26. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Sofortige Einsendung der Adressen der Vorstandsmitglieder.

Der Verbandsvorstand hat beschlossen, ein neues Adressenverzeichnis der Zahlstellenvorstandsmitglieder herauszugeben.

Wir ersuchen daher die Zahlstellenvorstände, uns umgehend die genaue Adresse des Vorsitzenden und des Staffierers mitzuteilen. Nach dem 1. Juli 1918 eingehende Adressen können keine Berücksichtigung mehr finden. Am deutlichsten Schrift wird ersucht. Soweit die Vorsitzenden telephonisch zu erreichen sind, so kann die Telefonnummer mit angegeben werden.

*

Die statistischen Karten über den Umfang der Arbeitslosigkeit müssen nach Quartalschluß von jeder Zahlstelle unverzüglich an den Hauptvorstand eingesandt werden, und zwar auch dann, wenn keine Arbeitslosen im Quartal zu verzeichnen waren.

Der Verbandsvorstand.

Eingänge der Hauptkasse vom 17. bis 23. Juni.

Magdeburg 300.—; Niedermieße b. Chemnitz 500; Berlin 30.—; Weihenbrunn a. Rh. 15,30; Nabensdorf 9,10; Burg b. Magdeburg 38,20 Mk.

Materialverwand.

Table with 6 columns: Zahlstelle, Materialverwand, etc. Rows include Wittendörge, Hof in Bayern, Nischaffenburg, Nürnberg, Offen, München, Frankfurt.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Hörselroden. Vorsitzender: H. Meier, Einogasse 1. Remmingsen. Vorsitzender: Lorenz Zimmer, Rammgäßchen 1, bei Ww. Heine. Jostau. Vorsitzender: Karl Cron, Vereinsbrauerei.

Veranstaltungsanzeigen.

Sonabend, den 29. Juni.

Juglkofe. 7 1/2 Uhr: „Gasthof zur Turbe“. Liegnitz. 8 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Zangerhausen. 8 Uhr: „Kornkrug“. Schweinfurt. 8 Uhr abends: bei Vogt, Stammes-Casse 23. Stendal. 8 Uhr: bei Grothe, Elisabethstr. 3. Weuigerode. 8 1/2 Uhr: „Volksgarten“.

Sonntag, den 30. Juni.

Nischaffenburg. Vorm. 10 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Nodowa. 4 Uhr: bei Brüder, Dörner Str. 11. Grimmitzsch. 2 1/2 Uhr: „Herberge zur Heimat“. Etgerleben. Vorm. 10 Uhr: Lokal Weine. Frankenhansen. 3 Uhr: Pauerfelds Restaurant. Dagen. 3 Uhr: Pajschitz, Börnerstr. 102. Köstern. Vorm. 10 Uhr: „Zum Anker“, Hirschheim. Mülligee. 3 Uhr: Karsfelder. Kruttsch. 1 1/2 Uhr: bei Kleintjezak, Am Markt. Regensberg. Vorm. 10 Uhr: „Schillerlinde“, Gladengasse. Rudolstadt. 2 Uhr: „Bürgerbräu“. Schriebe. 8 Uhr: bei Märthin. Schweben. 8 Uhr: „Feldschlösschen“. Speter. 2 Uhr: bei Schweickert, „Zur neuen Pfalz“. Steln. 3 Uhr: bei Seitz, Köpstr. 1. Netzen. 4 Uhr: Gewerkschaftshaus, Lindenstädter Straße. Waren. 8 Uhr: „zur Traube“, Lange Straße 32.

Dienstag, den 2. Juli.

Nüßlingen-Wilhelmshaven. 8 1/2 Uhr: „Zudewassers Tivoli“, Hückerstr. 60.

Mittwoch, den 3. Juli.

Bremersleben. 8 1/2 Uhr: Bayerischer Hof, Lange Str. 18.

Freitag, den 5. Juli.

Brig. 8 Uhr: Lokal Reichelt, Luppener Straße. Sonabend, den 6. Juli.

Erfurt. „Goldener Anker“, Blumenbaststraße.

Advertisement for a brewer, mentioning 'Auf dem Schlachtfelde gefallen ist unser Kollege Emil Bärenbocher' and 'Bierfahrer der Eisenbrauerei in Emmendingen'.

Advertisement for a brewer, 'Tüchtiger Brauer' and '2 Brauer', 'als Abzieher, wird per sofort gesucht'.

Advertisement for a brewer, 'Hof', 'Am 20. Juni Zwangsversteigerung nach Uebertragung, Treffpunkt um 2 Uhr bei Lindner, „Lokomobile“.

Advertisement for a brewer, 'Tüchtige gelehrte Bierbrauer', 'bei gutem Lohn, Teuerungszulage und Vergütung der Vertriebskosten'.

Advertisement for a brewer, 'Brauer auf sofort gesucht', 'Union-Brauerei, G. m. b. H., Bremen'.

Advertisement for a brewer, '2 Brauer, 2 Hilfsarbeiter, 3 Böttcher, sowie Bierfahrer, 1 Vorderburschen', 'Frankfurter Aktienbrauerei, Frankfurt a. O.'.

Advertisement for a brewer, 'Mehrere Brauer', 'sofort gesucht', 'U.-G. Schwabenbräu, Düsseldorf 102'.

Advertisement for a brewer, 'Vorderburschen, Brauer und Brauereiarbeiter, sowie Böttcher und Bierfahrer', 'stellt ein Frankfurter Aktienbrauerei'.